*19.43*

**Bundesrat Dr. Andreas Köll** (ÖVP, Tirol): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich vermute einmal, dass die Zeit heute nicht mehr ausreicht, diese an und für sich äußerst umfassende und diffizile Thematik so anzusprechen, dass alle in Österreich zufrieden sein können. Wir wissen, dass wir hier eine EU-Richtlinie umzusetzen haben und dass es natürlich auch Mehreinnahmen im Budget braucht, um den österreichweiten Verpflichtungen zur Erhaltung der Straßeninfrastruktur nachzukommen.

Die österreichweite Sicht ist da sicherlich eine etwas andere als die unseres Bundeslandes Tirol, wenngleich ich heute diesen Beschluss mittragen werde. Kollegin Mag. Schreyer hat schon einiges angeführt, was uns in Tirol beschäftigt. Wir haben derzeit zahlreiche Unsicherheitsfaktoren, die wir bei all diesen Betrachtungen noch miteinbeziehen müssen. Wir wissen noch nicht genau, wie die Kommission und allenfalls auch der EuGH über das sektorale Fahrverbot letztendlich entscheiden werden, das man zwischenzeitig schon das dritte Mal umzusetzen versucht. Die Europäische Kommission hat uns ja mitgeteilt, wir sollten in Tirol auf den Autobahnen statt auf Tempo 100 auf Tempo 80 heruntergehen.

Wir haben noch die ungelöste Baustelle, sehr geehrter Herr Bundesminister, zum Thema Kufstein: Sie wissen, dass es da nach wie vor gewaltige Probleme gibt, und zwar aufgrund des Ausweichverkehrs durch die Stadt Kufstein und durch die betroffenen Umlandgemeinden. Ich bin selbst Mitglied des Aufsichtsrates einer Straßengesellschaft, der Felbertauernstraße AG, zu welcher die EU kürzlich ein Vertragsverletzungsfahren eingeleitet hat. In Bezug auf die Pkws ist es zwar gelungen, die Anrainermautvergünstigungen aufrechtzuerhalten, aber im Lkw-Bereich mussten wir nachziehen. Auch das führt natürlich zu großen Belastungen der heimischen Wirtschaft. Und paradox ist – allgemein wird immer von Stinkern und umweltfreundlichen Lkws gesprochen –, dass letztendlich bei diesem System in Tirol die Lkws bevorzugt werden, die eigentlich nicht zu einer Umweltverbesserung und Klimaverbesserung im Sinne der Ziele von Paris beitragen.

Es ist eine sehr schwierige Thematik, wobei natürlich EU-Recht mit hineinspielt. Wir wissen alle noch nicht genau, wie die EU letztendlich über die deutschen Mautpläne entscheiden wird. Das ist alles noch nicht ausdiskutiert. Es gibt ja österreichweit Überlegungen hin zu einer flächendeckenden Lkw-Maut. Aber das sehen einige Bundesländer naturgemäß wieder ganz anders, das sehen Wirtschaftsbereiche natürlich anders. Es ist ein sehr diffiziles Problem, es lässt sich nicht so einfach lösen.

Der Standpunkt von Tirol ist: Wir schauen natürlich schon in die Schweiz – auch unsere Vorarlberger Kollegen werden das tun –, wo man das eigentlich sehr gut gelöst hat. Letztendlich bleibt ja wirklich nur eine – auch von Ihnen angekündigte – massive Verlagerung des Lkw-Verkehrs auf die Schiene: Aber der Brenner Basistunnel wird nicht so zeitig in Betrieb gesetzt werden können, dass wir die Belastungen der Bevölkerung in den alpinen Tälern hintanhalten können. Kurzfristig kann man einfach nicht europäische Probleme und europäische Wirtschaftstransferleistungen auf dem Rücken der Tiroler Bevölkerung austragen!

Es ist hier noch sehr viel zu tun: Gehen wir einmal davon aus, dass diese heutige Beschlussfassung nur eine Zwischenetappe darstellt, bei der man versucht, Geld aufzutreiben, um den österreichischen Infrastrukturerfordernissen im Straßenbereich etwas besser nachkommen zu können. Ganz zufrieden sind wir aus Tiroler Sicht mit all diesen Maßnahmen noch nicht. Da wird noch sehr viel zu tun sein! *(Beifall bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ sowie der Bundesrätin **Schreyer** und des Bundesrates **Stögmüller.**)*

*19.47*

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Mag. Klug. – Bitte.